









TÜRKISCHER LINKSEXTREMISMUS

Sonstige Beobachtungsobjekte

Neben der PKK gab es in Hessen weitere Organisationen, die im Berichtszeitraum einen bedeutenden Teil des Spektrums im Phänomenbereich auslandsbezogener Extremismus bildeten. Die wichtigsten von ihnen sind unten aufgeführt.

DEVIRIMCI HALK KURTULUŞ PARTISI-CEPHESI (DHKP-C, REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGSPARTEI-FRONT)

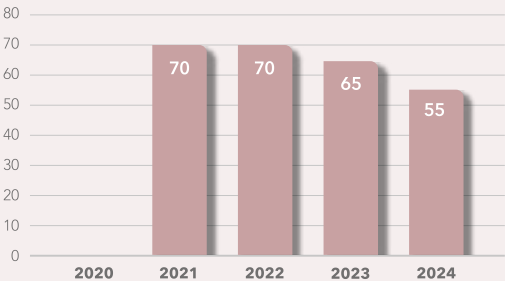
	Kurzprofil	Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus strebt die DHKP-C einen revolutionären Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung und die Errichtung einer klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft in der Türkei an. Die DHKP-C propagiert einen bewaffneten Volkskampf unter ihrer Führung. Die DHKP-C gliedert sich in einen politischen und einen militärischen Arm: die Devrimci Halk Kurtuluş Partisi (DHKP, Revolutionäre Volksbefreiungspartei) und die Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi (DHKC, Revolutionäre Volksbefreiungsfront). An deren Spitze steht das Zentralkomitee, dem wiederum Regional- und Gebietsleiter untergeordnet sind. In Deutschland tritt die DHKP-C vornehmlich als Volksfront (Halk Cephesi) und als Anatolische Föderation (Anadolu Federasyonu) auf. Die Jugendorganisation Devrimci Gençlik (Dev-Genç, Revolutionäre Jugend) arbeitet eng mit der Führung auf den jeweiligen Ebenen zusammen.
	Entstehung	1994 als Nachfolgeorganisation der seit 1983 in Deutschland verbotenen Devrimci Sol (Dev Sol, Revolutionäre Linke) gegründet.
	Gewalt	Die DHKP-C versucht durch Gewaltanwendung und Terroranschläge in der Türkei (unter anderem in Form von Selbstmordanschlägen), ihre Ziele zu erreichen. Mitglieder, die bei Anschlägen ums Leben kommen, werden von der Organisation als „Märtyrer“ verehrt.
	Regionale Schwerpunkte	In Deutschland außerhalb von Hessen.
	Führung	Gruppe von Führungskadern.
	Personenpotenzial	In Hessen 55 Anhänger, bundesweit 600.
	Verbot	In Deutschland seit 1998 verboten, von der EU seit 2002 als terroristische Organisation eingestuft.
	Verfassungsfeindlichkeit	Die DHKP-C gefährdet aufgrund ihrer gewalttätigen Ausrichtung, die sich in Form von Anschlägen in der Türkei widerspiegelt, die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland. Die DHKP-C wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 HVSG beobachtet.

„Gefangenensolidarität“ - Kampf gegen Rassismus

Die „Gefangenensolidarität“ für die in Deutschland inhaftierten Mitglieder und Funktionäre spielte auch im Berichtsjahr für die DHKP-C eine zentrale Rolle. Die im Vorjahr ins Leben gerufene Kampagne „Weg mit den Paragraphen § 129, § 129a und § 129b!“ wurde fortgeführt, entsprechende Veranstaltungen und Aktionen fanden jedoch nicht in Hessen statt. Die einzige öffentlichkeitswirksame Veranstaltung der DHKP-C in Hessen war das „Jugend Gegen Rassismus Picknick“, für das die Jugendorganisation Dev-Genç geworben hatte, für das aber auch auf anderen Internetseiten und Nachrichtenkanälen der DHKP-C bundesweit Werbung gemacht worden war. Neben dem Kampf gegen Rassismus sprach sich die Dev-Genç bei der Veranstaltung am 7. Juli in Frankfurt am Main gegen die Legalisierung von Marihuana und weiteren Drogen aus. Trotz der größeren Mobilisierung blieb die Teilnehmerzahl des Picknicks im unteren zweistelligen Bereich.



Entwicklung des Personenpotenzials der DHKP-C in Hessen (2020 bis 2024)¹



¹ Im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2020 wurde die DHKP-C nicht erwähnt, sodass an dieser Stelle keine Zahl in Bezug auf das Personenpotenzial aufgenommen wurde.





TÜRKIYE KOMÜNİST PARTİSİ/MARKSIST-LENİNİST (TKP/ML UND TKP-ML, TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI/MARXISTEN-LENİNISTEN)

	Kurzprofil	Die TKP/ML und die aus ihr durch verschiedene Abspaltungen hervorgegangenen Gruppierungen sind ideologisch vom Marxismus-Leninismus geprägt, folgen aber auch einer maoistischen Linie. Ihr Ziel ist der revolutionäre Umsturz des politischen Systems in der Türkei und die Schaffung eines „demokratischen Volksstaats“ unter der Herrschaft des „Proletariats“.
	Entstehung	1972 in der Türkei als kommunistische Kaderorganisation, 1994 in zwei miteinander konkurrierende Fraktionen gespalten: TKP/ML Partizan sowie Maoist Komünist Partisi (MKP, Maoistisch-Kommunistische Partei). 2019 erneut gespalten, sodass sich wiederum zwei Organisationen bildeten, die sich im Namen nur durch ein Schriftzeichen unterscheiden: die TKP/ML und die TKP-ML.
	Gewalt	Seit ihrer Gründung führt die TKP/ML einen „bewaffneten Kampf“ gegen den türkischen Staat. Um Anschläge in der Türkei verüben zu können, unterhält die TKP/ML in der Türkei die militante Türkiye İşçi Köylü Kurtuluş Ordusu (TİKKO, Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee). Bei bewaffneten Auseinandersetzungen getötete Organisationsangehörige werden als „Märtyrer“ und „Vorbilder“ verehrt.
	Regionale Schwerpunkte	Frankfurt am Main, Darmstadt, Wiesbaden.
	Führung	Gruppe von Führungskadern.
	Personenpotenzial	In Hessen in den letzten Jahren unverändert 90 (überwiegend TKP-ML-Anhänger), bundesweit 800.
	Verfassungsfeindlichkeit	Die TKP/ML und die aus ihr durch verschiedene Abspaltungen hervorgegangenen Gruppierungen gefährden aufgrund der Verbindung zu den militanten Aktivitäten der TİKKO in der Türkei die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland. TKP/ML und die TKP-ML werden nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 HVSG beobachtet.

Umfeldorganisationen

In Deutschland agierte die TKP-ML unter der Dachorganisation Avrupa Türkiye İşçileri Konfederasyonu (ATİK, Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa) zusammen mit der ihr angehörenden Almanya Türkiye İşçileri Federasyonu (ATİF, Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.). Diese Umfeldorganisationen waren in lokalen Vereinen organisiert und leisteten in erster Linie propagandistische Unterstützungsarbeit. Durch ihre alljährliche Spendenkampagne trugen sie außerdem zur Finanzierung der Partei bei.

Die Yeni Demokratik Gençlik (YDG, Neue demokratische Jugend) fungierte als Jugendorganisation der ATİK, die an die ATİF-Ortsvereine angegliedert war. Zu den Umfeldorganisationen gehörte zudem die Yeni Kadın (Neue Frau), die in mehreren Städten – unter anderem in Frankfurt am Main – aktiv war. ATİF-Vereine gab es in Ober-Ramstadt (Landkreis Darmstadt-Dieburg), Darmstadt, Frankfurt am Main und Wiesbaden. Der Verein in Frankfurt am Main betrieb das Jugendzentrum KAGEF, das als Vereinstreff und für Veranstaltungen innerhalb der türkisch-linksextremistischen Szene genutzt wurde.

„Gegen Imperialismus und Faschismus“








Am 1. September rief die ATİK die europaweite Kampagne „Gegen Imperialismus und Faschismus aufstehen und die Zukunft gewinnen“ ins Leben. In Wiesbaden wurden entsprechende Plakate aufgehängt und Broschüren verteilt. Im KAGEF fand eine Diskussionsveranstaltung unter anderem mit einem der ATİK-Vorsitzenden statt. Den Höhepunkt der Kampagne bildete das „32. Jugend-, Kunst- und Kulturfestival“ der YDG in Frankfurt am Main. Dabei handelte es sich um die jährliche bundesweite Großveranstaltung der TKP-ML-Umfeldorganisationen in Deutschland. Das Motto war einem in der Türkei aufgrund seiner sozialkritischen Filme bekannten und von Linksextremisten verehrten Regisseur gewidmet: „Im 40. Jahr der Unsterblichkeit von Yılmaz Güney. Lassen wir die Kunst Hoffnung schaffen und den Widerstand zum Sieg führen“. Am Festival nahmen auch Young Struggle, REBELL (Jugendorganisation der deutschen linksextremistischen MLPD) und nicht-extremistische Organisationen teil.

Aktivitäten der YDG

Wie im Vorjahr stellte die YDG die Themen „Antimilitarismus“ und „Antiimperialismus“ in den Fokus ihrer Aktivitäten. Besonders durch die europaweite Kampagne der ATİK sowie durch Demonstrationen und Veranstaltungen gegen Krieg und „Militarisierung“ versuchte die Jugendorganisation auf sich aufmerksam zu machen. Rüstungsindustrie und die „imperialistischen Mächte“ waren aus Sicht der YDG die Profiteure und die treibenden Kräfte auf der Welt, welche die Bedingungen für Kriege schaffen. Konkret sprach sich die YDG für den „Widerstand der Völker“ in Palästina und im kurdischen „Rojava“ (Nordostsyrien) aus. Darüber hinaus führten ATİK, Yeni Kadın (Neue Frau) und YDG Kundgebungen in Hessen hauptsächlich in Frankfurt am Main durch, wie zum Beispiel anlässlich des „Welt-Kobanê-Tages“, wobei Bilder von TİKKO-Kämpfern in Uniform öffentlich präsentiert wurden.

Während des gesamten Berichtsjahrs veranstaltete die YDG in Frankfurt am Main „politische Bildungen“, die sich thematisch zum Beispiel dem „Kampf gegen den Imperialismus“, dem „Frauenwiderstand gegen imperialistische Aggressionen“ und „Lenins Kampf gegen nichtmarxistische Strömungen“ widmeten. Zudem organisierte die YDG ein Bildungswochenende in Frankfurt am Main mit dem Slogan „Weder Angst noch Verzweiflung; die Hoffnung liegt im Kampf der Jugend!“, an dem 30 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. Damit versuchte die YDG offenbar, neue Mitglieder anzusprechen und zu werben.

MARKSIST LENINIST KOMÜNIST PARTI (MLKP, MARXISTISCHE-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI)

	Kurzprofil	Die MLKP will in der Türkei eine kommunistische Gesellschaft nach den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels unter Berücksichtigung leninistischer Leitlinien aufbauen. Durch einen Volksaufstand soll die Revolution „aus dem Herzen des Volkes“ ausgelöst und die „Diktatur des Proletariats“ in der Türkei errichtet werden. 2016 unterzeichneten die MLKP und die PKK eine Deklaration, in der sie gemeinsam mit anderen Gruppen dem türkischen Staat den Kampf ansagten.
	Entstehung	1994 als Marksist Leninist Komünist Parti-Kuruluş (MLK-P-Kuruluş, Marxistische-Leninistische Kommunistische Partei-Aufbau) durch den Zusammenschluss zweier türkischer kommunistischer Parteien. Seit 1995 nennt sich die Partei nur noch MLKP.
	Gewalt	In der Türkei verfügt die MLKP mit den Fakirlerin ve Ezilenlerin Silahlı Kuvvetleri (FESK, Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten) über einen bewaffneten Arm, der dort Anschläge verübt und Teil der Guerillaeinheiten ist, die in „Rojava“ kämpfen.
	Regionale Schwerpunkte	Frankfurt am Main, Darmstadt.
	Führung	Funktionärsgruppe.
	Personenpotenzial	In Hessen 70 (für die letzten Jahre lagen keine Angaben vor), bundesweit 600.
	Verfassungsfeindlichkeit	Die MLKP gefährdet durch die FESK und deren gewalttätigen Aktivitäten in der Türkei und in „Rojava“ die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland. Die MLKP wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 HVSG beobachtet.

Umfeldorganisationen und 30-jähriges Jubiläum

In Deutschland war die MLKP hauptsächlich über ihre Umfeldorganisationen tätig: die Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu (AvEG-Kon, Konföderation der unterdrückten Immigranten in Europa) und die Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu (AGİF, Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland e.V.). Beide stehen der MLKP ideologisch nahe und besetzen dieselben Themen. Die Jugendorganisation Young Struggle, bei der sich nicht nur türkische, sondern auch deutsche Jugendliche engagierten, beschäftigte sich vor allem mit den Themen „Klassenkampf“ und „Antirassismus“.

Das 30-jährige Jubiläum der Gründung der MLKP wurde in Frankfurt am Main bei internen Veranstaltungen gefeiert. Dabei wurden Reden und Botschaften anderer Organisationen vorgetragen und der 30 Jahre des Kampfes gedacht.

Aktivitäten von Young Struggle

Zu Beginn des Berichtsjahrs veranstalteten Aktivistinnen von Young Struggle vom 18. bis 21. März in Frankfurt am Main einen „Frauensolidaritätshungerstreik“, um sich zu den „politischen Gefangenen“ in der Türkei, in „Kurdistan“ und im Iran zu bekennen.

Anlass war der internationale „Tag der politischen Gefangenen“ am 18. März. Zu dieser Thematik führte Young Struggle Diskussionsveranstaltungen und Demonstrationen wie zum Beispiel am 18. und 21. März in Frankfurt am Main durch.

Über das gesamte Berichtsjahr hinweg solidarisierte sich Young Struggle mit „allen Antifaschist:innen!“ und rief dazu auf, sich gegen den stärker werdenden „Faschismus“ in Deutschland zu organisieren. In diesem Zusammenhang beteiligte sich Young Struggle unter anderem an Protesten gegen die AfD.

Darüber hinaus richtete Young Struggle im gesamten Berichtsjahr Veranstaltungen aus oder beteiligte sich an ihnen. Dies betraf die Themen „IDAHOBIT*-Feindlichkeit“ und „Gewalt gegen Frauen“. So wurden anlässlich des Internationalen Tags gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (17. Mai) und des 55-jährigen Jubiläums der Stonewall-Unruhen in New York City am 27. Juni Veranstaltungen in Frankfurt am Main durchgeführt. Wie in den Vorjahren beteiligte sich Young Struggle auch im Rahmen des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt an Frauen (25. November) an mehreren Veranstaltungen, zum Beispiel am 21. November in Darmstadt und am 25. November in Frankfurt am Main.

A close-up photograph of a person's face, focusing on the eye and forehead. The person is wearing a keffiyeh, a traditional black and white patterned headscarf. The image is partially obscured by a semi-transparent blue rectangular box containing the title text.

NAHOSTKONFLIKT UND ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS

INFOBOX

Am 7. Oktober 2023 drangen HAMAS-Terroristen vom palästinensischen Gazastreifen aus nach Israel ein und ermordeten etwa 1.200 Menschen, etwa 5.400 wurden zum Teil schwer verletzt. Dabei verbreiteten die Terroristen Videos in den sozialen Medien, die zeigten, wie sie Morde begingen sowie etliche ihrer Opfer folterten und vergewaltigten. Die Terroristen nahmen etwa 240 israelische und ausländische Staatsbürger als Geiseln und verschleppten sie in den Gazastreifen. Einen Tag nach dem Massaker erklärte Israel den Kriegszustand und begann eine militärische Offensive gegen die HAMAS. Unterstützung erfuhr die Terrororganisation seitens der Hizb Allah im Libanon und der Huthi-Rebellen im Jemen, die Israel immer wieder angriffen. Im September 2024 tötete die israelische Armee den langjährigen Generalsekretär der Hizb Allah, Hassan Nasrallah, und startete einen Monat später im Libanon eine weitere Militäroffensive. Zudem kam es im Oktober zu einer unmittelbaren militärischen Konfrontation zwischen dem Iran und Israel.

Die humanitäre Lage im Gazastreifen war im gesamten Berichtsjahr prekär. 90 Prozent der Bevölkerung waren Binnenvertriebene, ein Großteil der Gebäude war zerstört, es mangelte an Nahrung und medizinischer Versorgung.

Themen

- Reaktionen von Extremisten
- Islamismus
- Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus
- Rechtsextremismus



In Hessen verliefen die Versammlungen friedlich, bei einigen kam es zu Straftaten (Zeigen verbotener Symbole, Verunglimpfungen Israels) oder Ordnungswidrigkeiten. In den sozialen Medien nahmen juden- und israelbezogene Hasskommentare und Hetze massiv zu.

Reaktionen von Extremisten

Unterschiedliche extremistische Akteure nahmen den Terrorangriff der HAMAS zum Anlass, um zu Hass und Gewalt gegen Menschen jüdischen Glaubens oder den Staat Israel aufzurufen oder dessen Existenzrecht zu verneinen. Islamisten, palästinensische Extremisten sowie deutsche und türkische Linksextremisten organisierten propalästinensische Versammlungen, von denen viele von Israelfeindlichkeit und Antisemitismus geprägt waren.



Infobox



Antisemitismus lässt sich der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) folgend definieren als eine

„bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen“.

Die Bundesregierung nahm außerdem folgende Ergänzung auf, die über die Konsensfassung der IHRA hinausgeht: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Antisemitismus stellt in seinen verschiedenen Ausprägungen ein verbindendes und konstantes Charakteristikum des **Rechtsextremismus** dar. Juden, von Antisemiten als jüdisch angesehene Personen und allgemein alles „Jüdische“ oder mit „Juden“ in Verbindung Gebrachte sind seit jeher sceneübergreifend verbreitete Feindbilder. Antisemitismus richtet sich nicht ausschließlich gegen religiöse oder praktizierende Juden, sondern auch regelmäßig gegen säkulare und konvertierte Juden oder nicht-jüdische Personen, Gruppen und Einrichtungen. Die Bandbreite reicht dabei auf der Einstellungsebene von subtil geäußertem Antisemitismus bis hin zu Mord auf der Handlungsebene.

Im **Linksextremismus** gehört der Antisemitismus nicht zum Kernbestandteil der entsprechenden Ideologie. Antisemitische Positionen oder Stereotype sowie Hass und Gewalt gegen Juden sind in der linksextremistischen Szene grundsätzlich nicht vermittelbar, sodass ein offen vorgetragener Antisemitismus weitgehend ausgeschlossen ist. Dennoch können bei einzelnen Linksextremisten individuelle antisemitische Einstellungen oder Rückgriffe auf

antisemitische Stereotype nicht ausgeschlossen werden. Vor allem bei antiimperialistisch und dogmatisch eingestellten Linksextremisten gibt es ideologisch begründete antiisraelische bzw. antizionistische Positionen. Israel wird in diesem Spektrum nicht primär als jüdischer, sondern als „imperialistischer“ und „kapitalistischer“ Staat betrachtet. Dogmatische Linksextremisten gehen von einer Kolonialisierung Palästinas durch Israel aus. Auf dieser Grundlage gedeihen immer wieder antizionistische Positionen, bis hin zur Negierung des Existenzrechts des Staats Israel.

Im **auslandsbezogenen Extremismus** sind Relevanz und Ausprägung von Antisemitismus und Israelfeindlichkeit für die verschiedenen extremistischen Organisationen und Strukturen in Deutschland sehr unterschiedlich. So stellen Antisemitismus und Rassismus gegenüber Juden, Kurden und Armeniern in der rechtsextremistischen *Ülkücü*-Bewegung Kernelemente der Ideologie dar. Die Feindschaft gegenüber Juden, die Negierung des Existenzrechts Israels sowie das Verbreiten antisemitischer Stereotype und Verschwörungserzählungen sind auch unter türkischen Rechtsextremisten in Deutschland verbreitet. Hinzu tritt ein Antizionismus, der sich als einseitige Parteinahme für die Belange der Palästinenser manifestiert.

Im säkularen palästinensischen Extremismus ist der Hauptanknüpfungspunkt antisemitischer Agitation der Territorialkonflikt mit Israel. Juden wird allenfalls die Möglichkeit einer Koexistenz in einem Staat „Palästina“ zugestanden, dessen Grenzen vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer auch das Staatsgebiet Israels umfassen sollen. Religiöse oder rassistische Minderwertigkeitszuschreibungen in Bezug auf Juden kommen vereinzelt vor, sind aber von untergeordneter Bedeutung.

Türkische linksextremistische Organisationen in Deutschland solidarisieren sich mit den Palästinensern und explizit mit dem in Deutschland 2023 verbotenen internationalen Netzwerk Samidoun – Palestinian Solidarity Network. Ausgehend von der antiimperialistisch geprägten Ideologie türkischer Linksextremisten wird der Staat Israel als „imperialistisch“ und „kapitalistisch“ abgelehnt. Diese Agitation richtet sich nicht gegen Juden, sondern gegen den Staat Israel, dessen Existenzrecht verneint wird.

Die unterschiedlich ausgeprägte Feindschaft gegenüber Israel und die gemeinsame Ablehnung von dessen Existenzrecht sind Grundlage für verschiedenartige **Vernetzungen zwischen deutschen und türkischen**

Linksextremisten und säkularen palästinensischen Extremisten. Neben gegenseitigen Solidaritätsbekundungen und dem Besuch von Veranstaltungen des anderen Spektrums nehmen sie zusammen auch an propalästinensischen bzw. antiisraelischen Demonstrationen teil.

Der **Antisemitismus im Islamismus** ist ein wesentliches ideologisches Element aller islamistischen Strömungen. Die überwiegende Mehrheit der in Deutschland aktiven islamistischen Organisationen hegt antisemitisches Gedankengut und verbreitet es auf unterschiedlichsten Wegen. Dies stellt eine erhebliche Herausforderung für das friedliche und tolerante Zusammenleben in Deutschland dar⁷.

Islamismus

Islamistische Gruppierungen bekundeten Solidarität mit dem palästinensischen Volk und äußerten sich dezidiert antiisraelisch und antisemitisch. Sie instrumentalisierten vor allem die Militäroffensiven Israels, um das Narrativ zu festigen, wonach die (palästinensischen) Muslime ein Opfer des „Westens“ seien. Ebenso polemisierten Islamisten gegen die israel-solidarische Haltung der deutschen Politik. Terrororganisationen wie der IS und al-Qaida riefen zu Anschlägen bzw. zum „Jihad“ vor allem in Israel,

Europa und im „Westen“ auf. Der IS forderte in einer Audiobotschaft dazu auf, Juden und Christen weltweit anzugreifen und alle Juden zu vernichten. Anschläge sollten mit Spreng- und Brandsätzen, Schusswaffen, Messern oder Fahrzeugen begangen werden. In der Botschaft wurde zudem die HAMAS für ihre Zusammenarbeit mit dem Iran, der Hizb Allah und den Huthi-Rebellen im Jemen kritisiert. Diese seien Schiiten und somit Feinde der Muslime.



Die HuT-nahe Gruppierung RI nahm nahezu täglich Stellung zum Nahostkonflikt. RI forderte auf Instagram und YouTube das Eingreifen „muslimischer Armeen der umliegenden Länder Palästinas“ in den Nahostkonflikt, was aber von „Marionetten“ und „korrupten Vasallenherrschern in der islamischen Welt“ verhindert würde. RI sprach den Wunsch aus, dass „Allah unsere Geschwister in Palästina beschütze und sie aus der Tyrannei und zionistischen Besatzung“ befreie. Diese Wortwahl orientierte sich an der Rhetorik der HuT, die mit ähnlichen Formulierungen die angebliche Opferrolle der Muslime weltweit beschrieb. Nach Ansicht der HuT versuchten die Muslime erfolglos, die „Ketten der Ungerechtigkeit“ zu sprengen. „Widerstand gegen die zionistische Besatzungsmacht“ sei daher ein legitimes Mittel, um gegen „neuartige koloniale Bestrebungen zu kämpfen“.

Die Angriffe Israels auf Hizb-Allah-Stützpunkte im Libanon bezeichnete RI als „zionistische Zerstörungswut“, bei der „unschuldiges Blut“ vergossen werde und Israel seinen „Genozid“ außerhalb des Gazastreifens fortsetze. Da sich die „islamischen Herrscher der umliegenden Länder im Tiefschlaf“ befänden, forderte RI deren Soldaten auf, sich von den „tatenlosen Regenten loszusagen“ und die „Zivilisten in der Region vor diesen Verbrechen“ zu schützen.

Zum Jahrestag des Terrorangriffs der HAMAS postete RI einen Beitrag auf YouTube, der eine kommentarlose Zusammenstellung von Fotos und (Handy-) Videos enthielt. Der Zusammenschnitt sollte das Leid der muslimischen Palästinenser im Gazastreifen dokumentieren. Auch in den darauffolgenden Wochen und Monaten veröffentlichte RI zahlreiche Videos mit entsprechenden Inhalten auf YouTube.

Islamisten aus Hessen nahmen bundesweit an propalästinensischen Veranstaltungen teil und unterstützten die jeweiligen Äußerungen und Forderungen in den sozialen Medien. RI teilte vor jeder Veranstaltung die digitalen Flugblätter zu den Demonstrationen als Einladung und Aufforderung zur Teilnahme. Bei einigen Veranstaltungen – etwa am 27. April in Hamburg, organisiert von der HuT-nahen Gruppierung Muslim Interaktiv – wurde die Errichtung eines Kalifats gefor-

dert. Dass nur ein „Kalifat im Nahen Osten“ die Probleme aller Muslime lösen könne, wurde unter anderem auf X im Rahmen der Kampagne #KalifatImNahenOsten verbreitet.

Darüber hinaus kritisierten im Bereich der Milli-Görüş-Bewegung die SP Europa und die SP Hessen in den sozialen Medien das fehlende Engagement der türkischen Regierung für die Menschen im Gazastreifen und das Verhalten der Türkei gegenüber Israel. So wurden mehrfach Bilder mit Containerschiffen in den Beiträgen verwendet, wobei der Handel mit Israel als „Verrat an Palästina“ bezeichnet wurde. Ein Funktionär der SP Hessen verbreitete in seinem Facebook-Profil den Aufruf „Yahudi'yi Boykot“ (*Boykottiert den Juden*), um den Kauf angeblich „jüdischer“ Marken zu verhindern.

Bei einem „Internationalen Symposium über Necmettin Erbakan und die Palästina-Frage“ in Istanbul (Türkei) warf der damalige SP-Vorsitzende Temel Karamollaoğlu Israel in seiner Rede „niederträchtige Massaker“ vor (siehe S. 135).

Die Reaktionen in der salafistischen Szene waren von einer ambivalenten Haltung in Bezug auf den Nahostkonflikt und die propalästinensischen Demonstrationen geprägt. So riefen einige Akteure und Prediger zu Bittgebeten auf. Außerdem kritisierten sie die Haltung Deutschlands zum Nahostkonflikt, lehnten aber die propalästinensischen Demonstrationen unter anderem wegen mangelnder Glaubensfestigkeit und fehlender Geschlechtertrennung ab. Die spärlichen Äußerungen in der salafistischen Szene in Bezug auf die HAMAS glorifizierten die Terrororganisation. (Zu der propalästinensisch orientierten Al-Quds-Demonstration am 6. April in Frankfurt am Main siehe S. 138f)

Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus

Akteure aus den Phänomenbereichen Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus erklärten ihre Solidarität mit „Palästina“ und riefen zu einem Waffenstillstand und zu humanitärer Hilfe für die Bevölkerung im Gazastreifen auf. Sie kritisierten das

militärische Vorgehen Israels und den damit verbundenen Einmarsch in „Palästina“. Die entsprechenden Demonstrationen waren häufig von einer hohen Emotionalität gekennzeichnet.

Akteure aus beiden Phänomenbereichen meldeten öffentliche Veranstaltungen an, wirkten daran zum Beispiel als Redner mit, waren als Teilnehmer zugegen oder riefen zur Teilnahme auf. Dazu gehörten folgende Akteure bzw. Gruppierungen: ATİK, AGfF, YDG, Young Struggle, Kommunistische Organisation (KO), SDAJ und die MLPD. Entsprechende Veranstaltungen fanden etwa in Kassel, Frankfurt am Main und Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) statt. Bei einigen Demonstrationen kam es zu extremistischen und antisemitischen Äußerungen, dazu gehörten auch Veranstaltungen auf dem Gelände von Universitäten, so etwa in Frankfurt am Main und in Kassel.

Rechtsextremismus

Die rechtsextremistische Szene beschäftigte sich im Berichtsjahr kaum noch mit dem Nahostkonflikt, da sie sich auf andere Themen fokussierte. Öffentlich bezog sie mehrheitlich eine neutrale Position und bekannte sich weder zu Israel noch zu „Palästina“. Aufgrund des traditionellen Antisemitismus der rechtsextremistischen Szene war einerseits eine Solidarisierung mit Israel undenkbar, andererseits war eine Zustimmung für die palästinensischen Anliegen aufgrund islamophober und fremdenfeindlicher Einstellungen kaum möglich. Somit beschränkten sich viele Rechtsextremisten auf eine ambivalente Haltung, um innerhalb der Szene keinen Widerspruch zu provozieren und keinen Grund für staatliche Maßnahmen zu bieten.

Akteure der HEIMAT und der Neuen Rechten argumentierten, dass eine Solidarität mit keiner der beiden Parteien im deutschen Interesse sei. Allerdings gab es Stimmen, die den Staat Israel verunglimpften, indem sie ihm zum Beispiel Völkermord an der Bevölkerung im Gazastreifen vorwarfen. Die nach außen „neutralen“ Rechtsextremisten beschränkten sich vornehmlich auf altbekannte antisemitische sowie fremden- und islamfeindliche Narrative. So wurde aus propalästinensischen Demonstrationen, bei

denen es zu Ausschreitungen und antisemitischen/islamistischen Äußerungen gekommen war, der Schluss gezogen, dass es zu viele muslimische Migranten in Deutschland gebe und der deutschen Gesellschaft eine „Überfremdung“ bzw. „Islamisierung“ drohe. Daraus leiteten sie die Forderung nach der „Remigration“ von Migranten ab.

Dagegen gab es eine Minderheit von Rechtsextremisten – wie etwa Der Dritte Weg –, die Israel die Schuld an der Eskalation des Nahostkonflikts gaben und den nach ihrer Auffassung unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt kritisierten.

Zeitweise kursierten in der rechtsextremistischen Szene verschiedene Verschwörungsnarrative. So habe es sich bei dem Terroranschlag der HAMAS um ein Täuschungsmanöver (False-Flag-Operation) gehandelt, von dem Israel gewusst bzw. es zugelassen habe, um den Krieg im Gazastreifen zu rechtfertigen. Andere Narrative versuchten die Angst vor dem Ausbruch eines Dritten Weltkriegs zu schüren und thematisierten einen möglichen Kriegseintritt des Iran und der USA.



ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

INFOBOX

Die Organisierte Kriminalität (OK) umfasst kriminelle Aktivitäten, die von Gruppierungen durchgeführt werden, die eine komplexe und auf Dauer angelegte Struktur aufweisen. Diese Gruppierungen sind in den meisten Fällen hierarchisch organisiert und operieren häufig über nationale und internationale Grenzen hinweg. Ziel der OK ist in der Regel die Maximierung von Gewinn und Macht durch illegale Geschäfte und Aktivitäten.

KENNZEICHEN DER OK

- **Hierarchie und Struktur:** Die OK-Gruppierungen haben eine eindeutige interne Organisation mit festen Rollen und Verantwortlichkeiten.
- **Dauerhafte Planung:** Im Gegensatz zu spontanen oder einmaligen, illegalen Handlungen verfolgen die OK-Gruppierungen in der Regel langfristige und strategische Ziele.
- **Vielzahl illegaler Tätigkeiten:** Die OK-Gruppierungen sind in verschiedenen illegalen Bereichen aktiv, zum Beispiel Drogenhandel, Menschenhandel, Erpressung, illegales Glücksspiel, Waffenschmuggel und Cyberkriminalität.
- **Gewalt und Einschüchterung:** Zur Durchsetzung ihrer Interessen setzen OK-Gruppierungen häufig Gewalt oder Drohungen ein.
- **Korruption und Bestechung:** OK-Gruppierungen versuchen oft, staatliche Institutionen, Unternehmen oder Einzelpersonen zu beeinflussen, um ihre Aktivitäten zu schützen oder auszubauen.

OK-Gruppierungen sind sehr gut organisiert und operieren in weitreichenden Netzwerken, die ihre illegalen Betätigungen verdecken und sich oft in Grauzonen oder legalen Bereichen bewegen. In der Regel verhalten sie sich unauffällig und konspirativ. Darüber hinaus gibt es immer eindeutiger Anzeichen, dass sich auch ausländische Nachrichtendienste der OK bedienen.



Das LfV beobachtet Bestrebungen und Tätigkeiten der OK im Vorfeld strafbarer Handlungen fokussiert auf die Schnittstellen zu Spionage, Wirtschaftsschutz, Cyberabwehr und Proliferation.

SPIONAGEABWEHR



INFOBOX

Die Spionageabwehr befasst sich mit folgenden Aufgaben:

- Aufklärung von geheimdienstlicher Agententätigkeit und Ausspähung von Personen, die in Opposition zu den Verhältnissen im Herkunftsland stehen,
- Cyberabwehr,
- Proliferationsabwehr,
- Aufklärung von Einflussnahmen fremder Staaten auf die Meinungsbildung und die Politik in Deutschland durch Desinformation, Propaganda und hybride Kriegsführung,
- Wirtschaftsschutz und
- Aufklärung von Staatsterrorismus.

Ein wesentlicher Fokus des LfV lag auf der Beobachtung der gegen Deutschland gerichteten Spionage und Einflussnahme. Gleiches gilt für Proliferationsaktivitäten und geheimdienstlich gesteuerte Cyberangriffe fremder Nachrichtendienste.

Vor dem Hintergrund der angespannten globalen Lage ging das LfV Hinweisen auf geheimdienstliche Aktivitäten nach, die sich gegen deutsche Interessen richteten. Dabei bildete der Wirtschaftsschutz als präventiver Teil der Spionageabwehr seit jeher einen festen Bestandteil der Aufgaben des Verfassungsschutzes. Cyberangriffe stellten nach wie vor eine große Bedrohung für deutsche Unternehmen, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie für Politik und Verwaltung dar. Das gilt auch für Desinformationskampagnen. So wurden durch hybride Aktivitäten insbesondere im Cyberraum falsche und irreführende Informationen verbreitet, um die Bevölkerung in Deutschland zu verunsichern, das Vertrauen in die Demokratie zu erschüttern und die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

WICHTIGE ENTWICKLUNGEN

- Die von Russland ausgehende hybride Bedrohung in den Bereichen (Wirtschafts-)Spionage, Sabotage, Cyberangriffe sowie Propaganda und Desinformation in Medien und sozialen Medien stieg in allen Bereichen weiter an. Dies stand auch im Kontext des Bundestagswahlkampfes. Als eine wesentliche Auswirkung des russischen Überfalls auf die Ukraine rückte im Bereich Wirtschaftsschutz das Thema Sabotage in den Fokus der Beratungen für hessische Unternehmen.
- Mit Hilfe von Cyberangriffen und Cyberkampagnen wollten vor allem von Russland gesteuerte Akteure prorussische Propaganda und Desinformation verbreiten, um letzten Endes das Vertrauen der Bevölkerung in Deutschland in die Demokratie, ihre Funktionsweise und ihre Repräsentanten zu untergraben. Dies geschah zum Beispiel mit der Desinformationskampagne „Doppelgänger“, bei der das Layout von Internetseiten einer Reihe von Onlinemedien gefälscht wurde und einzelne Beiträge in den sozialen Medien verbreitet wurden.



- Durch Cyberangriffe versuchte China seine langfristig angelegten Wirtschaftsinteressen zu realisieren, zudem sollten die Angriffe, aber auch Ausspähungen und Einflussnahmen dazu dienen, in Deutschland lebende chinesische Oppositionelle zu kontrollieren und zu beeinflussen.
- Ebenso bestand ein wesentliches Interesse einer Reihe weiterer Staaten darin, Informationen über die Aktivitäten von in der Bundesrepublik wohnhaften Oppositionellen zu sammeln. Dies betraf den Iran, die Türkei, Vietnam, Pakistan und Indien.
- Nordkorea war sowohl an der Beschaffung von Devisen als auch an Informationen aus der Rüstungs- sowie der Luft- und Raumfahrtbranche wie etwa Komponenten für Langstreckenraketen interessiert.
- Als ein Bestandteil des Wirtschaftsschutzes beobachtete die Cyberabwehr im Berichtsjahr Cyberangriffe und insbesondere Cyberkampagnen fremder Staaten, die als Desinformation einen Teil der hybriden Bedrohungen bildeten. Hierzu zählte jegliche prorussische Propaganda, die geeignet war, die Bevölkerung in Deutschland zu verunsichern, die öffentliche Meinung im russischen Sinne zu beeinflussen sowie das Vertrauen in die Demokratie, ihre Funktionsweise und ihre Repräsentanten zu untergraben. Darunter fielen vor allem falsche und irreführende Informationen in sozialen Medien sowie orchestrierte Desinformationskampagnen.



WICHTIGE BEGRIFFE

Nach § 99 Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) ist strafbar, wer für den Geheimdienst einer fremden Macht eine **geheimdienstliche Tätigkeit** gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist, oder gegenüber dem Geheimdienst einer fremden Macht oder einem seiner Mittelsmänner sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt. Fremde Staaten nutzen für ihre geheimdienstlichen Operationen neben amtlichen Einrichtungen (zum Beispiel Botschaften, Generalkonsulate) halbamtliche Vertretungen wie etwa Presseagenturen und Fluggesellschaften, aber auch Wirtschaftsunternehmen. Einfache Gesprächsaufklärung und Anbahnungen finden dabei auch im Rahmen eines vermeintlich unverfänglichen Austauschs im wirtschaftlichen oder diplomatischen Umfeld statt, ebenso über Plattformen der sozialen Medien, Business-Netzwerke und per E-Mail.

Um ihre Beschaffungsaktivitäten im Bereich der **(Waffen-)Proliferation** zu verschleiern, nutzen fremde Staaten unter anderem gefälschte Exportdokumente, Zwischenhändler in Drittländern oder im eigenen Land, Tarnfirmen, Scheinfirmen, Briefkastenfirmen sowie unwahre Angaben über den Endverbleib.

Als **hybride Bedrohungen** werden alle koordinierten, illegitimen Handlungen staatlicher und staatlich gelenkter Akteure bezeichnet, die der Durchsetzung eigener Interessen zum Nachteil eines anderen Staates dienen. Dabei finden diese Handlungen außerhalb des Rahmens eines konventionellen militärischen Angriffs statt. Zu den hybriden Bedrohungen gehören vor allem Spionage, Sabotage, Cyberangriffe und Desinformation. Zu Sabotagezwecken werden häufig sogenannte Proxys eingesetzt, das heißt durch die Nachrichtendienste fremder Staaten beauftragte Stellvertreter vor Ort. Sie spähen die Gegebenheiten aus, bereiten die Sabotage vor und führen sie aus.



Themen



- Hybride Bedrohung durch Russland
- Chinesische Cyberangriffe
- Iran, Türkei, Vietnam, Pakistan und Indien: Oppositionelle im Fokus
- Nordkorea: Interesse an Devisen sowie der Rüstungs-/Luft- und Raumfahrtindustrie
- Konsequenzen des russischen Überfalls auf die Ukraine
- Angriffe und Bedrohungen aus allen extremistischen Phänomenbereichen
- Im Fokus: Abwehr von russischer Desinformation

Hybride Bedrohung durch Russland

Russland betrieb im Berichtsjahr teils offen erkennbare, teils klandestine und aggressive Spionageoperationen gegen Institutionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär und Verwaltung. Darüber hinaus kam es im Rahmen der hybriden Bedrohung durch Russland bei Logistikunternehmen zu gezielt initiierten Paketbränden sowie zu Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und Desinformation im Zuge des Bundestagswahlkampfs.

Aufgrund der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine verstärkten die deutschen Sicherheitsbehörden weiter ihre Aufmerksamkeit in Bezug auf die hybriden Aktivitäten russischer Nachrichtendienste. Es gab geheimdienstliche Verdachtsfälle, über die das LfV durch andere Behörden oder Hinweise aus der Bevölkerung informiert wurde. Auch im Bereich der Proliferation entfaltete Russland anhaltend hohe Aktivitäten.



Infobox



Der Slushba Wneschnej Raswedki (**SWR**, Dienst der Außenaufklärung der Russischen Föderation) war für zivile Objekte und Themen (speziell für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft/Technologien) zuständig. Die Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (**GRU**, Hauptverwaltung beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation) interessierte sich für das gesamte militärische Spektrum, insbesondere für neue Technologien in der Entwicklung und im Einsatz. Auch die Aktivitäten des russischen Inlandsgeheimdiensts Federalnaja Slushba Besopasnosti (**FSB**, Föderaler Dienst für die Sicherheit der Russischen Föderation) hielten auf hohem Niveau an. Vor allem Reisen von Ausländern nach Russland ließen auf eigenem Territorium eine risikolose Ansprache von Personen zu.

Insgesamt stellen klassische russische Spionage und russische Cybergruppierungen weiterhin eine große Bedrohung für deutsche Unternehmen, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie für Politik und Verwaltung dar. Es besteht die Gefahr von weiteren Desinformationskampagnen mit dem Ziel, das Vertrauen in die Demokratie und die Regierenden zu unterminieren.

Auf Führungsebene der Spionageabwehr wurden verschiedene anlassbezogene und institutionalisierte Austauschformate mit den Themenschwerpunkten deutsche und nichtdeutsche militärische Liegenschaften sowie mit Bezug zu NATO-Einrichtungen etabliert und durchgeführt.

Chinesische Cyberangriffe

Um seine langfristig angelegten strategischen Ziele zur Durchsetzung seiner wirtschaftlichen Interessen zu erreichen, führte China nach wie vor Cyberangriffe durch. So wurden Vorbereitungshandlungen chinesischer Cybergruppierungen detektiert, die Zero-Day-Schwachstellen auszunutzen versuchten. Diese Angriffsflächen geraten in das Visier von Angreifern,



bevor das betroffene Unternehmen und der jeweilige Softwareproduzent von deren Existenz wissen. Cyberangriffe, Ausspähungen und Einflussnahmen in Hessen und Deutschland zielten zudem weiterhin auf die Beeinflussung der chinesischstämmigen Diaspora sowie die Kontrolle von Oppositionellen.

Infobox



Geheimdienste fremder Staaten spähen in Deutschland ansässige Organisationen und Volkgruppen aus, die im Herkunftsland als Oppositionelle politisch verfolgt oder beobachtet werden. Oft geschieht dies im Rahmen von Demonstrationen und Kundgebungen. Nach wie vor ist die Hemmschwelle fremder Geheimdienste niedrig, entsprechende Personen auch in Deutschland auszuforschen, zu bedrohen oder sogar zu verschleppen.

Im Bereich der Wirtschaft folgten chinesische Investments oft nicht privatwirtschaftlichen Interessen, sondern waren Teil einer übergreifenden Strategie, die in staatliche Planungen eingebettet war.

Das LfV maß präventiven Ansätzen im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich eine große Bedeutung zu. Dies gilt auch für die Zukunft.

Iran, Türkei, Vietnam, Pakistan und Indien: Oppositionelle im Fokus

Das primäre Aufklärungsinteresse des **iranischen** Geheimdiensts Vezarat-e-ettelaât jomhuri-ye eslami-ye iran/Ministry of Intelligence (VAJA/MOIS) sowie des Auslandsgeheimdiensts der Revolutionary Guard

Corps (RGC, Revolutionsgarden) galt im Berichtsjahr weiterhin der militantesten und aktivsten Oppositionsgruppe, das heißt den Mojahedin-e-Khalq (MEK, Volksmohajedin). Neben den MEK standen Monarchisten, Republikaner, „linke“ Organisationen sowie projüdische bzw. proisraelische Einrichtungen im Fokus des iranischen Ausspähungsinteresses. Indem der VAJA/MOIS aktive oder ehemalige Mitglieder dieser Organisationen im In- und Ausland als Agenten anwarb, versuchte er weiterhin, Informationen über deren regimfeindliche Aktivitäten zu gewinnen.

Eine Aufgabe **türkischer** Nachrichtendienste im Ausland war es, Oppositionelle auszuspähen, dort die Meinungsbildung zu beeinflussen und Einfluss auf gesellschaftlicher und politischer Ebene auszuüben. Dabei konnten die türkischen Nachrichtendienste auf eine breite Infrastruktur der türkischen Diaspora in Deutschland zurückgreifen.

Der Millî İstihbarat Teşkilâtı (MİT, Nationaler Nachrichtendienst) verfügte über 8.000 bis 9.000 Mitarbeiter und untersteht seit 2017 direkt dem türkischen Staatspräsidenten. Als wichtigster Nachrichtendienst der Republik Türkei war der MİT sowohl im In- als auch im Ausland tätig. Außerhalb der Türkei war der MİT maßgeblich an der Ausspähung von Organisationen und Einzelpersonen beteiligt, die in Opposition zur regierenden AKP und Recep Tayyip Erdoğan standen. Im Mittelpunkt der Ausspähungsbemühungen des MİT standen insbesondere die PKK und die Gülen-Bewegung.

Der **vietnamesische** Geheimdienst Tõng cục 2 (TC2) war im In- und Ausland tätig. Es lagen Anhaltspunkte vor, wonach der TC2 seine Cyberfähigkeiten,

das heißt die Möglichkeiten der Cyberspionage in allen geheimdienstlichen Feldern, ausbaute. Dies galt vor allem für die Ausspähung von Oppositionellen.

Der Inter-Services Intelligence (ISI) war der führende und wichtigste Geheimdienst **Pakistans** und operativ für die Erfassung, Verarbeitung und Analyse von Daten weltweit zuständig. Er war unter anderem für das Ausforschen pakistanischer Oppositioneller im Ausland verantwortlich.

Indien sammelte weiterhin Informationen über Angehörige der Sikhs, die für ein unabhängiges „Khalistan“ eintraten, und über deren Veranstaltungen sowie über Angehörige der oppositionellen Kaschmir-Bewegung. Als eine der größten Gemeindevorrichtungen der Sikhs in Deutschland befand sich der Sikhs-Tempel in Frankfurt am Main im Fokus indischer Spionageaktivitäten.

Nordkorea: Interesse an Devisen sowie der Rüstungs-/Luft- und Raumfahrtindustrie

Neben Aktivitäten im Rahmen der Wirtschaftsspionage zielten nordkoreanische Cyberangriffe auf die Devisenbeschaffung, wobei der Staat Nordkorea Cybercrimemethoden anwendete. Die Aktivitäten der nordkoreanischen Cyberkampagne Lazarus bzw. Hidden Cobra (APT 38) betrafen weiterhin Unternehmen aus der Rüstungs- sowie der Luft- und Raumfahrtbranche. Darüber hinaus interessierte sich Nordkorea für proliferationsrelevante Dual-User-Güter, die es als Antriebs- und Stabilisierungskomponenten für Langstreckenraketen benötigt und verwendet.



Infobox



APT ist die Abkürzung für Advanced Persistent Threat (*fortgeschrittene, andauernde Bedrohung*) und bezeichnet einen komplexen, zielgerichteten und effektiven Angriff auf IT-Strukturen durch einen gut ausgebildeten und ressourcenstarken Angreifer.

Einzelne, zielgerichtete Cyberangriffe wie auch breit angelegte Kampagnen von APT-Gruppierungen gingen, staatlich gesteuert oder gebilligt, vor allem auch von Russland, China und Iran aus.

Konsequenzen des russischen Überfalls auf die Ukraine

Im Berichtsjahr lag im Bereich des Wirtschaftsschutzes die Anzahl der Vorträge wie auch die der Sensibilisierungsgespräche mit Unternehmen auf dem Niveau des Vorjahres, während die Zahl der Hintergrundgespräche leicht zunahm. Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine bildete für den Wirtschaftsschutz erneut einen Schwerpunkt bei den Gesprächsanfragen. Der Themenkomplex Sabotage rückte hierbei in den Fokus der Beratungen. Insbesondere für die Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KRITIS), Unternehmen der Rüstungsbranche sowie deren Zulieferer war Sabotage als ein wesentliches Instrument hybrider Bedrohungen eine besondere Herausforderung.

Für die Unternehmen der hessischen Wirtschaft war von besonderem Interesse, welche Faktoren (Standort, wirtschaftliche Tätigkeit und Branche, Zulieferer, Kunden) ein Unternehmen in den Fokus von Sabotage geraten lassen. Ferner interessierte, wie etwa eine durch einen fremden Staat verursachte Sachbeschädigung/Sabotage von einer durch Linksextremisten begangenen Tat zu unterscheiden ist.

Angriffe und Bedrohungen aus allen extremistischen Phänomenbereichen

Im Rahmen des Prinzips „Single Point of Contact“ stand der Wirtschaftsschutz auch im Berichtsjahr den hessischen Unternehmen als vermittelnder Ansprech-

Infobox

Ziel des Wirtschaftsschutzes ist es, die Spionage fremder Staaten zu verhindern sowie Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Politik und Verwaltung in Hessen durch Beratung und Aufklärung vor entsprechenden Aktivitäten zu schützen. Hierzu ist es notwendig, die Sensibilität von Unternehmen, wissenschaftlichen und öffentlichen Einrichtungen gegenüber Gefahren, die durch Angriffe drohen, zu stärken, Kenntnisse über Methoden und Ziele fremder Nachrichtendienste zu vermitteln und Hilfestellung beim Einsatz geeigneter Schutzmaßnahmen zu leisten („Prävention durch Informa-

tion“). Im LfV obliegt dem Wirtschaftsschutz zudem die Bearbeitung von Spionageverdachtsfällen sowie eine sich anschließende, zielgerichtete und vertrauensvolle Beratung. Ein enger Austausch des Wirtschaftsschutzes mit den Unternehmen über Veränderungen und Anpassungen im Modus operandi, also der Art und Weise, wie die Täter zum Beispiel bei ihren Ausspähversuchen vorgehen, sind für potenziell betroffene Unternehmen ein wichtiger Bestandteil für die Fortentwicklung ihrer Sicherheitskonzepte.



partner für alle Sachverhalte mit extremistischen Bezügen zur Verfügung. Das galt sowohl für Angriffe und Bedrohungen aus allen extremistischen Phänomenbereichen gegen Unternehmen als auch für Radikalisierungen von Mitarbeitern in Unternehmen. Die Übermittlung technischer Indikatoren zu Cyberangriffen (*indicators of compromise*) an potenziell betroffene Unternehmen sowie zu Präventionszwecken wurde weiterhin fortgeführt und ausgebaut.

Im Fokus: Abwehr russischer Desinformation

Als ein Bestandteil des Wirtschaftsschutzes beobachtete die Cyberabwehr im Berichtsjahr Cyberangriffe und insbesondere Cyberkampagnen fremder Staaten, die als Desinformation einen Teil der hybriden Bedrohungen bildeten. Hierzu zählte jegliche prorussische Propaganda, die geeignet war, die Bevölkerung in Deutschland zu verunsichern, die öffentliche Meinung im russischen Sinne zu beeinflussen sowie das Vertrauen in die Demokratie, ihre Funktionsweise und ihre Repräsentanten zu untergraben. Dies galt insbesondere für falsche und irreführende Informationen in sozialen Medien sowie orchestrierte Desinformationskampagnen.

Die seit 2022 aktive Desinformationskampagne „Doppelgänger“ gehörte zu den intensivsten Bemühungen, prorussische Narrative zu verbreiten. Dabei wurde das Layout von Internetseiten einer Reihe

bekannter (auch hessischer) Onlinemedien imitiert und mit Falschinformationen versehen. Einzelne Artikel wurden sodann in die sozialen Medien eingespeist.

Infobox

Bei **Fragen und Hinweisen** zum Wirtschaftsschutz wenden Sie sich an:

Telefonnummer:

0611/7203600

E-Mail-Adresse:

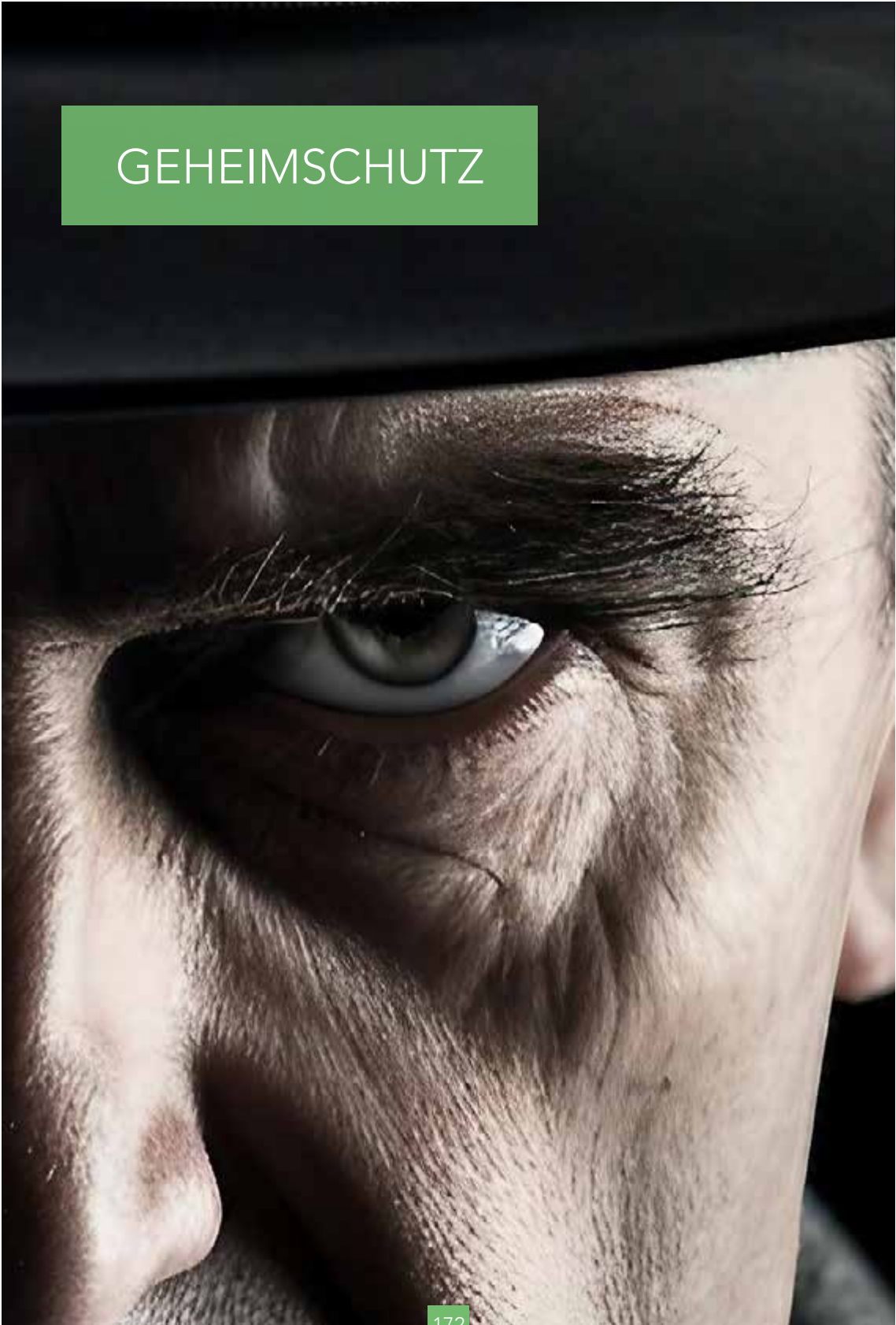
wirtschaftsschutz@lfv.hessen.de

Der Wirtschaftsschutz und die Cyberabwehr des LfV beantworten alle Anfragen so zeitnah wie möglich, sind jedoch nicht für Gefahrenabwehr zuständig und gewährleisten daher keine durchgängige Erreichbarkeit außerhalb der üblichen Bürozeiten. In dringenden Fällen wenden Sie sich daher bitte an die Polizei.

Für die Kommunikation und Datenübermittlung in sensiblen Sachverhalten bietet das LfV verschlüsselte und vertrauliche Übertragungswege an (zum Beispiel personalisierte Upload- und Downloadlinks).



GEHEIMSCHUTZ



INFOBOX

Werden durch Unbefugte wichtige Informationen bekannt oder an nichtautorisierte Stellen weitergegeben, kann daraus schwerer Schaden für Staat und Wirtschaft resultieren. Es liegt daher im staatlichen Interesse, wichtige als Verschlusssachen eingestufte Informationen bei ihrer Bearbeitung und Aufbewahrung besonders zu schützen. Dies ist Aufgabe des Geheimschutzes.

Verschlusssachen sind alle im öffentlichen Interesse, insbesondere zum Schutz des Wohles des Bundes oder eines Landes, geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse unabhängig von ihrer Darstellungsform.

Der Schutz von Verschlusssachen gilt gleichermaßen für alle öffentlichen Stellen und die Privatwirtschaft. Verschlusssachen sind je nach dem Schutz, dessen sie bedürfen, in folgende Geheimhaltungsgrade einzustufen:

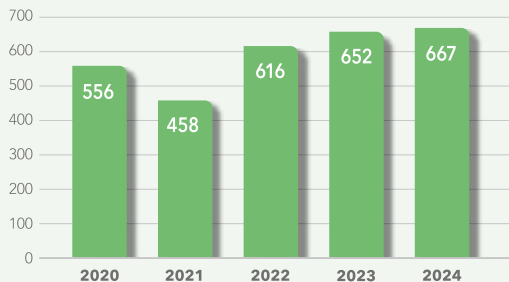
- VS – Nur für den Dienstgebrauch, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein kann,
- VS – Vertraulich, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder schädlich sein kann,
- Geheim, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährden oder ihren Interessen schweren Schaden zufügen kann,
- Streng geheim, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte den Bestand oder lebenswichtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährden kann.

Maßnahmen zum Schutz von Verschlusssachen richten sich nach dem Hessischen Sicherheitsüberprüfungs- und Verschlusssachengesetz (HSÜVG) und der Verschlusssachenanweisung (VSA) für das Land Hessen. Dabei regelt die VSA materiell und organisatorisch den gesamten Lebenszyklus einer Verschlusssache wie zum Beispiel die Entstehung, Einstufung, Bearbeitung, Aufbewahrung, Weitergabe bis hin zu der Aussonderung.

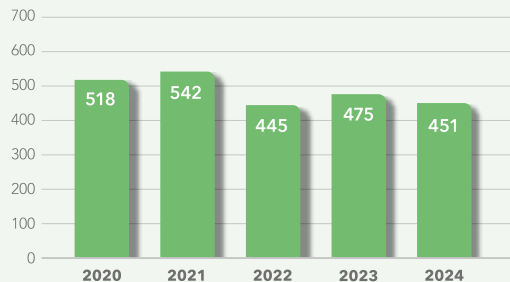
Das LfV unterstützt Behörden und öffentliche Stellen, die mit staatlichen Verschlusssachen umgehen müssen, bei der Bewältigung dieser Sicherheitsaufgaben. Das LfV berät darüber hinaus alle Behörden in Hessen, die Umgang mit Verschlusssachen haben. Es informiert zum Beispiel darüber, wie Verschlusssachen durch geeignete personelle, materielle und organisatorische Maßnahmen vor unberechtigtem Zugriff geschützt werden können. Die Anforderungen an den Geheimschutz nahmen im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine erneut zu.

Der Geheimschutz umfasst zwei Bereiche: den personellen Geheimschutz sowie den materiellen Geheimschutz und IT-Geheimschutz.

Mitwirkung an Sicherheitsüberprüfungen Ü1, Ü2 und Ü3 (2020 bis 2024)



Mitwirkung an Sicherheitsüberprüfungen sicherheitsempfindlicher Stellen (2020 bis 2024)



Themen

- Personeller Geheimschutz
- Materieller Geheimschutz und IT-Geheimschutz
- Geheimschutzverfahren des Bundes und der Länder



Personeller Geheimschutz

Der personelle Geheimschutz soll verhindern, dass mit einem Sicherheitsrisiko behaftete Personen Zugang zu Verschlusssachen erhalten oder an sicherheitsempfindlichen Stellen innerhalb von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt werden. Ein Sicherheitsrisiko besteht zum Beispiel bei:

- Unzuverlässigkeit,
- fehlender Verfassungstreue,
- Erpressbarkeit zum Beispiel durch Überschuldung oder
- bei besonderer Gefährdung durch Werbungsversuche ausländischer Nachrichtendienste, insbesondere bei Reisen in entsprechende Länder.

Ein Sicherheitsrisiko kann nicht nur bei der zu überprüfenden Person, sondern auch bei der/dem in die Sicherheitsüberprüfung einzubeziehenden Ehegattin/Ehegatten, Lebenspartnerin/Lebenspartner liegen.

Das HSÜVG regelt, dass ab dem Geheimhaltungsgrad VS – Vertraulich nur Personen Zugang zu Verschlusssachen erhalten, die zuvor eine Sicherheitsüberprüfung erfolgreich durchlaufen haben.

Das LfV ist mitwirkende Behörde bei den Sicherheitsüberprüfungen und wird auf Ersuchen der zuständigen Stelle tätig. Dabei handelt es sich um eine Behörde oder sonstige öffentliche Stelle, die eine Person mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betrauen oder eine Verschlusssache an eine nicht öffentliche Stelle weitergeben will. Sicherheitsüberprüfungen im Rahmen des Geheimschutzes in der Wirtschaft veranlasst das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum.



Entsprechend der vorgesehenen sicherheitsempfindlichen Tätigkeit und des damit verbundenen Zugangs zu Verschlusssachen werden drei Arten von Sicherheitsüberprüfungen unterschieden:

- Ü1: einfache Sicherheitsüberprüfung nach § 7 HSÜVG bei Zugang zu als VS – Vertraulich eingestuften Verschlusssachen oder bei Tätigkeiten in einem Sicherheitsbereich.
- Ü2: erweiterte Sicherheitsüberprüfung nach § 8 HSÜVG bei Zugang zu als Geheim eingestuften Verschlusssachen oder Zugang zu einer hohen Anzahl von als VS – Vertraulich eingestuften Verschlusssachen oder einer Tätigkeit an einer sicherheitsempfindlichen Stelle innerhalb einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung (vorbeugender personeller Sabotageschutz).
- Ü3: erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen nach § 9 HSÜVG bei Zugang zu als Streng Geheim eingestuften Verschlusssachen oder Zugang zu einer hohen Anzahl als Geheim eingestuften Verschlusssachen oder bei Personen, die beim LfV tätig sind.

Eine Überprüfung findet nur mit Einwilligung der betroffenen Person statt. Dabei steigt der Umfang der zu einer Person durchzuführenden Überprüfungsmaßnahmen mit dem Einstufungsgrad der zu bearbeitenden Verschlusssachen. Ab der erweiterten Sicherheitsüberprüfung (Ü2) ist auch die Ehegattin/der Ehegatte, die Lebenspartnerin/der Lebenspartner oder die in einer Lebensgemeinschaft lebende Person in die Sicherheitsüberprüfung der betroffenen Person einzubeziehen.



Im Rahmen der Mitwirkung an den Sicherheitsüberprüfungen Ü1, Ü2 und Ü3 wurden im Berichtsjahr 667 Überprüfungen abgeschlossen.

Lebens- und verteidigungswichtige Einrichtungen können – insbesondere aus terroristischen Motiven – Ziel von Sabotagehandlungen werden. Die Mitwirkung bei Sicherheitsüberprüfungen von Beschäftigten an einer sicherheitsempfindlichen Stelle in einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung (vorbeugender personeller Sabotageschutz) ist daher ebenfalls Aufgabe des LfV. In diesem Zusammenhang schloss das LfV als mitwirkende Behörde im Berichtsjahr weitere 451 Sicherheitsüberprüfungen ab.

Das HSÜVG sieht in der Regel nach fünf Jahren eine Aktualisierung der Sicherheitsüberprüfung und nach zehn Jahren eine Wiederholungsüberprüfung vor, die grundsätzlich den Umfang einer Erstüberprüfung erreicht.

